



Tanja Schimmele

## Staatliche Verantwortung für diskursive Integrität in öffentlichen Räumen

Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht, Band 104

2 Abb., 317 Seiten, 2020

Print: <978-3-428-15907-9> € 89,90

E-Book: <978-3-428-55907-7> € 79,90

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Beobachtung, dass insbesondere in der netzwerkbasierten Kommunikation Entwicklungen auftreten, die Irritationen hervorrufen. Angesprochen sind damit die Phänomene der Fake News, Social Bots und Hate Speech. Die Frage, wie mit diesen Kommunikationsphänomenen umgegangen werden soll, ist zum politischen Streitthema mutiert. Angesichts der liberalen Grundordnung der deutschen Verfassung erscheint insoweit eine besondere Sensibilität geboten.

Gerade deshalb verschafft sich diese Arbeit einen breiten Zugang zum Thema. Denn oftmals bleibt unklar, woran sich ein Beobachter der Kommunikationskultur genau stört. Sie bettet die Diskursphänomene in den verfassungsrechtlichen Kontext ein und wirft die Frage auf, ob sich aus den verfassungstheoretischen und -dogmatischen Grundentscheidungen des Grundgesetzes Ansätze gewinnen lassen, die eine Verantwortung des Staates, sich diesen Diskursphänomenen im Wege einer Regulierung anzunehmen, nahelegen.

## Inhalt

### 1. Einführung

Einleitung und Problemstellung — Gang der Untersuchung und Erkenntnisinteresse

### 2. Phänomenologie der Debattenkultur und die Multidimensionalität öffentlicher Räume

Beobachtung von Diskursphänomenen — Multidimensionalität öffentlicher Räume

### 3. Maßstäbe für die Neubewertung der Anomalien in öffentlichen Diskursverläufen

Integrität als Maxime in öffentlichen Räumen — Gesellschaftlicher Wandel — Veränderte Typologie von Gefährdungslagen in öffentlichen Räumen — Politische Leitideen — Wirkungen und Auswirkungen definierter Teilphänomene — Ergebnis und weiterer Gang der Untersuchung



**4. Meinungsfreiheit als Sinnbild der grundrechtlichen Freiheitsidee und zugleich negative Determinante einer staatlichen Verantwortung für diskursive Integrität**

Einordnung der Phänomenologie der Debattenkultur in die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes — Bisherige Grenzen der Rechtsordnung — Justierung von grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Verantwortung im Rahmen einer Abwägung — Das grundgesetzliche Zensurverbot als äußerste Grenze staatlicher Intervention in öffentlichen Räumen — Fazit: Liberale Rahmenordnung

**5. Verfassungstheoretische und verfassungsdogmatische Begründung von Verantwortungssphären in öffentlichen Räumen**

Bedeutung von Verfassungstheorie und Verfassungsdogmatik — Bedeutung des Verantwortungsbegriffs bei der sphärischen Betrachtung öffentlicher Räume — Existenz originärer staatlicher Verantwortlichkeiten — Verantwortung für die Struktur der Diskurse in öffentlichen Räumen

**6. Zur Gebotenheit und Ausgestaltung rechtspolitischer Maßnahmen**

De lege lata: Rechtsgebiete mit überindividueller, integritätsfördernder Steuerungswirkung im öffentlichen Diskurs — Relevanz von »soft law« — De lege ferenda: Rechtspolitische Perspektiven

**7. Zusammenfassung in Thesen**

**Literatur- und Stichwortverzeichnis**